

## Nach 43 Jahren den Parteiaustritt erklärt

### POLITIK

#### **Frank Mertens kehrt CDU den Rücken / „Procom darf schalten und walten“**

USINGEN - (dh). Es sei die UA-Podiumsdiskussion mit den Bürgermeisterkandidaten gewesen, die für Frank Mertens das Fass zum Überlaufen brachte. „Entsetzt darüber“, wie sich Bürgermeister Steffen Wernard und der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Christoph Holzbach an diesem Abend präsentierten, habe er sich entschlossen, dem CDU-Stadtverband Usingen den Rücken zu kehren. „Das heißt, nach 43-jähriger Mitgliedschaft zwingt mich dieser Stadtverband, der sich so gebärdet, als würde Usingen der CDU alleine gehören, aus der Partei auszutreten. Wobei von meiner Seite klar festzuhalten ist, dass ich meine christliche Grundüberzeugung nicht abgegeben habe – im Gegenteil: Ich finde diese gerade in der heutigen Zeit wichtiger denn je“, so Geschäftsmann Mertens im Gespräch mit dem Usinger Anzeiger, in dem er öffentlichkeitswirksam vor der Wahl „auspackt“.

Im Stadtparlament wie auch in der Podiumsdiskussion greife der CDU-Fraktionsvorsitzende immer wieder zur „Brutalokeule, um den politischen Gegner auf unfaire und übelste Art und Weise niederzuschlagen“. Auch die Junge Union folge inzwischen diesem „verbalen Muskelspiel ihrer höchst arroganten Vorbilder“. Für Mertens ist es die „Arroganz einer Mehrheit, die durch eine Überläuferin aus der SPD-Fraktion möglich wurde, und vom Steigbügelhalter FWG ermöglicht wurde.“

Der Wählerwille habe ganz anders ausgesehen, denn aus der Kommunalwahl 2010 sei bis zum Übertritt von Julia Huller in die CDU-Fraktion eine Mehrheit (PAG – parlamentarische Arbeitsgemeinschaft) für Usingen aus SPD, Grünen und FDP hervorgegangen.

Wie sehr es Vertretern, die führende Positionen in „ihrer Stadt“ innehaben, an Demokratieverständnis fehle, das hat, so Mertens, ein Magistratsmitglied deutlich gemacht, indem es eine Unterschriftenaktion gegen das Projekt Neuer Marktplatz „kraft Amtes“ unterbinden wollte. Aber auch ein Stadtrat habe es nicht verhindern können, dass sich innerhalb kürzester Zeit 1600 Unterzeichner gegen das Projekt Neuer Marktplatz ausgesprochen haben. Leider finde die Meinung von mehr als 1000 Wahlberechtigten keinen Niederschlag bei der großen Mehrheit der gewählten Volksvertreter, die für die Procom-Planung stimmte. (Ergebnis: 23 Ja-Stimmen (13 CDU, 6 SPD, 4 FWG), 6 Nein-Stimmen (1 CDU, 1 SPD, 4 Grüne), 2 Enthaltungen (FDP)).

Die Zeiten, in denen fürsorgliche Stadtväter zumindest den Bürgerwillen anhörten, sich mit ihren Bürgern solidarisch erklärten, ja sich sogar vor die Bürger stellten, seien offenbar vorbei. Es könne aber auch durchaus sein, dass es bei manchen wichtigen Entscheidungen an Sachverstand fehle und Kompetenz mangle.

So hätten Stadtväter in anderen Kommunen dem in Usingen am Neuen Marktplatz aktiven Investor Procom eine Beschränkung des Sortiments auferlegt und ein „Abwerben von Unternehmen“

innerhalb der Stadt untersagt. In Usingen dagegen würden Geschäfte und damit Mieter aus der Mertens-Immobilie am Riedborn abgezogen. Procom dürfe schalten und walten, wie es dem Investor gefällt. Da werde die Zahl der Parkplätze „nicht nach einer rechtskräftigen Stellplatzordnung festgelegt, sondern so, wie es Procom wirtschaftlich erträglich findet“.

Tatenlos habe man mit zugesehen, wie Procom sein Vorhaben, das zunächst durchaus in einer verträglichen Größe präsentiert worden sei, immer weiter aufgebläht habe. Und wenn dem Bauvorhaben ein paar geschützte Bäume und Hecken zu viel im Wege stehen, dann würden die einfach gefällt.

Zur Entscheidung über die Bebauung des Neuen Marktplatzes werde ein Verkehrsgutachten präsentiert, das die Unverträglichkeit des Vorhabens nachweise. In der Folge werde die Innenstadt einen Verkehrskollaps erleide. „Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Voraussetzung für das Zustandekommen des Bebauungsplanes für Edeka und das Fachmarktzentrum Neuer Marktplatz nicht gegeben waren. Um dies zu klären, haben wir, die Betreiber der Einkaufsmärkte am Riedborn, die Normenkontrollklage beim Verwaltungsgericht eingereicht“, so Mertens, der zur politischen Kultur zurückkommt: Ernsthaft mit dem Gedanken eines Parteiaustrittes habe er sich nach der Parlamentssitzung am 15. Februar beschäftigt. „Hier wurde einmal mehr die ganze deprimierende Kultur des parlamentarischen Umgangs in komprimierter Form geboten. Anstatt sich sachlich mit berechtigt gestellten Fragen auseinanderzusetzen wurde in die Trickkiste gegriffen, indem sich der Stadtverordnetenvorsteher selbst von seiner Neutralitätspflicht befreite und schulmeisterlich und polemisch an einige Mitglieder des Hauses seine schallenden Ohrfeigen verteilte. Wie es früher die Schulmeister aus erzieherischen Gründen mit ihren Zöglingen getan haben.“